



SCHWEIZERISCHE VERTRETUNG
REPRÉSENTATION SUISSE

an	HAR				
Datum	25.8				
Visa	JF				JF
EDA	23.08.90			19	
Ref.	1.311 Ruanda				

in / à NAIROBI

Herrn Direktor
 Fritz R. STAEHELIN
 D E H
 E D A

1.311 Ruanda 2. / 59
1.311 Burundi

Ihr Zeichen
Votre référence

Ihre Nachricht vom
Votre communication du

Unser Zeichen
Notre référence

Datum
Date

771.2(RW) - K/JU 20.8.1990
 771.2(BU)

Gegenstand / Objet Schweizerische Entwicklungszusammenarbeit in Ruanda und Burundi

Während meiner Besuche in Ruanda und Burundi anlässlich der Uebergabe der Beglaubigungsschreiben befasste ich mich mit unseren Entwicklungsprogrammen in den beiden Ländern. Im folgenden einige Eindrücke und Ueberlegungen.

1. Ruanda

Die schweizerische Entwicklungspräsenz in Ruanda hat eine über 35-jährige Tradition und ist auch heute noch langfristig angelegt. Sie ist zweifellos von hoher Qualität und hat die Entwicklung des kleinen Landes, in dem wir einer der wichtigsten Geldgeber sind, nachhaltig beeinflusst, obwohl wir alle Höhen und Tiefen erlebt haben, denen Entwicklungszusammenarbeit in Schwarzafrika immer ausgesetzt ist, wer auch der Geber sei. In Ruanda wie auch anderswo in dieser Region entwickeln sich Projekte in der Regel gut, solange der



Schweizer oder "expatriate" Experte physisch präsent ist und das Projekt intensiv betreut. Sobald diese Voraussetzung nicht mehr gegeben ist und das Projekt "ruandisiert" wird, ist keine Gewähr mehr gegeben, dass die Ziele, die wir anstrebten, überhaupt noch verfolgt werden. Schweizerische Entwicklungsruinen sind auch in Ruanda zu besichtigen.

Präsident Juvénal Habyarimana ist ein afrikanischer Politiker der jüngeren Generation, dem die wirtschaftliche Entwicklung des Landes ein Anliegen ist. Ich führte mit ihm ein fast einstündiges Gespräch, das sich vor allem um zwei schweizerische Entwicklungsprojekte drehte, die ihm zur Zeit Sorgen bereiten.

Das eine dieser Projekte ist immer noch Trafipro, wahrscheinlich das älteste Schweizer Projekt in Ruanda, das weit in die Zeit vor der Unabhängigkeit des Landes zurückgeht. Trafipro ist eines jener Projekte, aus dem sich die Schweiz - meiner Ansicht nach zu Recht - zurückziehen möchte und in dem schon seit Jahren kein schweizerischer Experte mehr tätig ist. Inzwischen ist das Unternehmen infolge schlechter Geschäftsführung offenbar in grösste Schwierigkeiten geraten und wurde ein staatlicher Zuschussbetrieb, der den privaten Verteilern Konkurrenz macht, ohne selbst lebensfähig zu sein. Dies dürfte wohl kaum der Zweck der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit sein. Die Schweiz hat sich redlich bemüht, Abhilfe zu schaffen, 1980 mit einem Kredit, deren Rückzahlung sich verzögerte (nun aber, aus welchen Gründen auch immer, vorangetrieben wird) dazwischen zudem mit Expertenberichten und Gutachten in denen versucht wird, Trafipro auf den Weg der Tugend zurückzuführen. Aus den Ausführungen des Staatspräsidenten war zu entnehmen, dass all dies nichts genützt hat und das Trafipro nach wie vor ein Management- und wohl auch ein Korruptionsproblem hat, dem die Ruander selbst nicht gewachsen sind. Daher auch der dringende Appell des Präsidenten, die Schweiz solle sich doch weiterhin um Trafipro kümmern, was in Klarschrift so viel bedeutet wie: schickt uns doch einen Mann, der Ordnung macht.

Ich glaube nicht, dass wir dies tun sollten und bin eher der Ansicht, dass die Lösung des Problems in der Privatisierung des Unternehmens liegt, die, wenn dies möglich ist, am besten darin bestünde, dass das Unternehmen, wie wir dies immer schon beabsichtigten, einer privaten Genossenschaft (à la Konsumverein) übergeben würde. Dies müsste die Stossrichtung unseres weiteren Vorgehens sein. Leider ist dies im Bericht von Frau Nationalrätin Uchtenhagen, dem letzten einer ganzen Reihe von Expertisen, zu wenig deutlich gesagt.

Nachdem Präsident Habyarimana diese Angelegenheit mit mir aufgenommen hatte, schlug ich unserem Koordinationsbüro in Kigali vor, ich könnte dem Präsident die schweizerische Haltung in einem Brief darstellen und ihm gleichzeitig eine Synthese des Berichts Uchtenhagen (der ohnehin in die französische Sprache übersetzt werden muss) zustellen. Ich stiess mit meinem Vorschlag bei unserem Büro in Kigali auf wenig Gegenliebe, halte ihn jedoch aufrecht, besonders auch, weil ich das Gefühl hatte, der Präsident erwarte nun eine klare Stellungnahme in dieser Sache. Ich möchte es aber Ihnen überlassen, über das weitere Vorgehen zu entscheiden.

Das zweite Problem, das der Präsident mir gegenüber erwähnte, betraf die Ecole agricole et forestière de Nyamishaba in Kibuye, die ich während meines Aufenthalts auch besuchte. Die Schule leidet unter einem Auseinanderklaffen von Angebot und Nachfrage. Zu viele Diplomanden finden in der ruandischen Wirtschaft keine Stellung (was der Präsident nicht zu wissen schien). Eine "groupe de réflexion" wird in der nächsten Zeit zusammentreten und versuchen, Lösungsvorschläge auszuarbeiten. Die Schule wird ihre Lehrgänge den ruandischen Gegebenheiten besser anpassen müssen.

Soweit meine Eindrücke aus Ruanda (siehe auch PB Nr. 7). Der Staatspräsident bat mich, den schweizerischen Behörden seinen Dank für unsere Hilfe zu übermitteln. Die Schwierigkeiten, die auch für den Präsidenten kein Geheimnis sind, können, wie

gesagt, in Schwarzafrika kaum je vermieden werden. Unsere Tätigkeit macht jedoch im Ganzen gesehen einen guten Eindruck, vor allem dank des unermüdlichen Einsatzes unseres Koordinationsbüros, dessen allzu grosse Arbeitbelastung nicht übersehen werden kann. Nach dem es die Stellung einer Botschaft hat, die allerdings nur mit konsularischen Aufgaben betreut ist, geht ziemlich viel Zeit auch mit Repräsentationspflichten verloren, obwohl dieser Aufwand auch Kontakte verschafft, die für die Entwicklungszusammenarbeit von Nutzen sein können. Eine Aufstockung des Personals wird über kurz oder lang nicht zu vermeiden sein.

2. Burundi

Um dem Vorwurf entgegenzusteuern, wir unterstützten nur die Hutu, die in Ruanda an der Macht sind, während die Tutsi-Minderheit diskriminiert wird, und nicht die Tutsi, die in Burundi die Macht ausüben (und auch eine Minderheit darstellen) unterhält die Schweiz auch in Burundi, ein, wenn auch bescheidenes Entwicklungsprogramm. Ich möchte sehr dafür plädieren, dass dies auch weiterhin so bleibt, zum mindestens so lange, als die Bestrebungen des gegenwärtigen Staatspräsidenten Pierre Buyoya anhalten, für das geradezu dramatische Stammesproblem, dem er ausgesetzt ist, friedliche Lösungen zu finden. Buyoyas Ehrlichkeit bei diesem Bestreben wird von niemand angezweifelt, jene seiner Tutsi-Mitstreiter ist nicht immer über jeden Zweifel erhaben. Blutige Auseinandersetzungen können auch in Zukunft nicht ausgeschlossen werden.

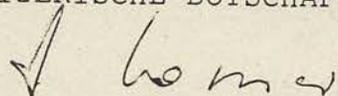
Nachdem nun aber der öffentliche Dialog über die "Unité nationale" in vollem Gange ist und endlich ein ernsthafter Versuch gemacht wird, die schwierigen Stammesprobleme des Landes in den Griff zu bekommen, fände ich es angezeigt, wenn auch die Schweiz ihr Scherflein zur Befriedung des Landes beitragen würde. "Positive Massnahmen" könnten gefördert werden, wie wir dies in Südafrika tun. Für Buyoya wäre dies ein Zeichen dafür, dass wir seine Intentionen als glaubwürdig

- 5 -

erachten und die Probleme des Landes begriffen haben. Seit wir etwas abrupt unsere Hilfe an die wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Universität von Bujumbura einstellten und weitherum falsch verstanden wurden, sollte ein Signal in dieser Richtung in Betracht gezogen werden. Wenn Sie mit mir einverstanden sind, bitte ich Sie, dem Koordinationsbüro in Kigali Weisungen zu geben, entsprechende Projekte zu identifizieren.

Bei meinem nächsten Besuch in Burundi, der im Oktober oder November dieses Jahres stattfinden wird, werde ich mich wiederum mit diesen Problemen befassen und Ihnen darüber berichten.

DER SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFTER



Armin Kamer

Kopie an:

EDA, Pol. Abt. II

Kobü, Kigali